

Transkript der Tonbandaufzeichnungen

Michael Petrowitsch

Landeskulturkonferenz bedeutet,

- dass die IG Kultur Steiermark das heuer erstmals ausrichtet,
- dass es parteipolitisch unabhängig vonstatten gehen soll und wird,
- dass wir heute mit etwas hinausgehen werden, nämlich mit der Resolution
- dass wir ein bisschen über unseren Tellerrand, über Grazer und steirische Verhältnisse hinausschauen und uns Augen führen, was in anderen Bundesländern passiert und möglich ist - dafür haben wir Thomas Randisek eingeladen
- dass Sparen nicht alles ist, wie uns Walter Schütz, ein Fachmann auf diesem Gebiet, erzählen wird.

Wir werden uns nach den Impulsreferaten, wo wir immer eine kurze Diskussionsschiene anhängen, in Arbeitskreise aufteilen, wo ich euch bitte intensiv mitzumachen. Wir haben drei Arbeitskreise anzubieten, die von der Thematik her variabel sind und in denen wir das Vorgetragene vertiefen oder für den vorbereiteten Resolutionsentwurf übernehmen werden. Diese Resolution würden wir heute gern verabschieden und auch den Medien noch einmal vortragen. Nicht nur den Medien, sondern auch denen, die es eigentlich betrifft: Es macht keinen Sinn den Sack zu schlagen und den Esel zu meinen. Es gibt politische Verhältnisse, die da sind und es wurden Personen eingesetzt, die die Strategien umsetzen müssen. Das sage ich bevor der Peter Grabensberger startet.

Damit die Konferenz nicht nur eine langweilige Diskussionsveranstaltung wird, sondern auch ein bisschen was Trendiges, dafür sorgt der Günter Eisenhut, der einen tollen Vorschlag gemacht hat und uns noch vor den Referaten erklären wird, was es damit auf sich hat.

Günter Eisenhut

Die Idee war, ein Feedback zu geben, von den Betroffenen der steirischen Kulturpolitik an diejenigen, die Kulturpolitik machen: an die Politiker, an die Beamten, an alle anderen, die hier auch tätig sind. Es geht eigentlich ganz einfach. Wir haben hier einen Landeskulturpreis der IG Kultur Steiermark gestiftet. Die wertvollen Preise sind hier zu sehen. Eine süße Melone und eine saure Zitrone. Hier befinden sich zwei Plakate. Jeder Anwesende hat zwei Stimmen. Eine Stimme für die Liste, wo die Zitrone vergeben wird. Eine Stimme für die Liste wo die Melone vergeben wird. Wir werden uns dann zurückziehen, mit einem Computer das Ergebnis berechnen und diejenigen, die die meisten Stimmen haben, sind dann die Preisträger. Die Preise werden wahrscheinlich per Fahrradboten überbracht.

Michael Petrowitsch: Beginnen wir mit der Grazer Situation. Wir stecken mitten in Evaluierungen (Vor-, Nach-, Hauptevaluierungen). Herauskommen werden dabei Umsetzungen der politischen Vorgaben, nämlich Einsparungen bei den Kleinen. Und wir stehen vor der Situation, dass schlecht Evaluierete (zu sehen auch bei der Theatergeschichte) gekürzt werden und gut Evaluierete bei Subventionen mehr oder weniger gleich bleiben. Ist das so Peter Grabensberger? Gibt es etwas, was du uns Neues mitteilen kannst?

Peter Grabensberger

„Ich lasse mich wirklich gern prügeln, weil ich meine Aufgabe darin sehe. Ich habe mich sehr bewusst

vor die Zitrone hingesezt, weil sie für mich auch ein Anreiz sein soll: Ich lebe mit dieser Frucht, die auch sehr befruchtend sein kann." P. Grabensberger.

Ich warte eigentlich schon gespannt darauf, wie mein Ko-Redner uns erklären wird, wie es eigentlich ohne Kürzungen auch ginge. Es wäre zu schön, hier sitzen zu können und das Füllhorn über der Grazer Kulturszene – als Vermittler zwischen Politik und Künstlerinnen und Künstlern, wie ich das Kulturamt und meine Tätigkeit verstehe – ausschütten zu können. Das Geld ist gleich viel geblieben, aber es wird dann immer weniger, weil es vor einem Jahr schon eine Evaluation gegeben hat, und zwar von Otto Hochreiter und dem Kulturamt gemeinsam, in der insgesamt 47 Initiativen, die damals Förderverträge zur Verlängerung anstehen hatten, evaluiert worden sind. Damals haben sich einige sehr grundsätzliche Ergebnisse gezeigt. Eines davon war, das im Verhältnis zu den Mehrsparteninstitutionen die freie Theaterszene bei dem Topf, der da war, in einem höheren Prozentsatz berücksichtigt wurde, als sich aus der Gesamtschau der Programme und der einzelnen Initiativen ergeben hat. Daraufhin hat sich für die Theaterszene in Graz, die ich glaube ich wirklich im im täglichen Austausch sozusagen auch selbst besuche(...), eine Verschiebung des Gesamttopfes ergeben. Damals kamen zu recht aus der persönlichen Betroffenheit heraus Proteste, sodass der gemeinderätliche Kulturausschuss zur Erkenntnis gekommen ist, man kann mit Theatern nicht so umgehen, wie in dieser Evaluation, die übrigens eine sanfte war, umgegangen wird. Damals, das ist jetzt ein Jahr her, wurde auch gefordert, dass man den neuen Entwicklungen Rechnung trägt, die u.a. mit den Begriff „Mittelformat“ für das Theater im Bahnhof festgeschrieben wurden. Herausgekommen ist jetzt diese sehr harte Evaluierung, die ebenfalls an einem Namen festzumachen ist: Das Theater im Keller ist massivst davon getroffen. Diese Evaluierung ist jetzt zu Ende, ist im Kulturausschuss auch in der Form beschlossen worden und wird im Budget 2005 und 2006 auch so ihren Niederschlag finden. Es sind Initiativen dabei – beispielgebend nenne ich jetzt Das andere Theater – die natürlich zu recht sagen: Wieso wird es bei uns weniger? Wir sind nicht einmal evaluiert worden. Wir haben gesagt, dieses Netzwerk – Das andere Theater wie auch HIN & Wider und die Internationale Bühnenwerkstatt – werden wir nicht mit den professionellen Theatern und mit stehenden Ensembles, wie sie die freie Szene hat, gemeinsam evaluieren, weil sie ganz andere Zugänge haben. Rückblicken sollte man auch sehen, was es an Konsequenzen aus dem ersten Kulturdialog gegeben hat, die die Politik dem Amt zur Umsetzung aufgetragen hat. Eine Konsequenz davon war ein Fachbeirats-System - die einzelnen Sparten kennen Sie alle – mit einem sehr engagierten Team von Fachbeirätinnen und Fachbeiräten. Die Auswahl war eine strukturierte: Wir haben damals nach dem Beispiel des Wiener Theaterbeirats eine Ausschreibung gemacht. Es hat ungefähr 90 Bewerbungen gegeben. Wir haben dann gesagt, wenn wir schon ausschreiben, dann sollen die, die sich beworben haben nicht gehäkelt werden, also haben wir getrachtet, dass sich in jedem der Fachbeiratsgremien zumindest eine Bewerbung wiederfindet. Dass das Verhältnis Männer zu Frauen ausgeglichen sein sollte, ist selbstverständlich. Zweitens dass in weiterer Folge jemand aus der Grazer Szene gefunden werden sollte. Dritter Zugang war, dass wir geschaut haben, noch jemanden dabei zu haben, der lange Zeit in Garz war, aber doch auch Zugang aus einer anderen Stadt findet. Das Wesentliche der fachbeiräte ist, dass sich dort wirklich Menschen zusammengefunden haben, die sich so wie die meisten von Ihnen kostenlos einbringen., mit einem hohen Grad an Selbstgenügsamkeit und auch Selbstaufopferung. Die setzen sich wirklich sehr ernsthaft mit den einzelnen Projekten auseinander. Ich habe 120 Sitzungen mit den Fachbeiräten hinter mir. Ich bitte, da nicht jene, die in Graz greifbar sind, als Esel zu prügeln, nur weil sie für Sie im täglichen Umgang näher sind, als die, die nicht da sind. Nutzen Sie die Möglichkeit, mich als Sprachrohr von Ihnen Richtung Politik greifbar zu haben. Ich lasse mich wirklich gern prügeln, weil ich meine Aufgabe darin sehe. Ich habe mich sehr bewusst vor die Zitrone hingesezt, weil sie für mich auch ein Anreiz sein soll: Ich lebe mit dieser Frucht, die auch sehr befruchtend sein kann. (...) Die Verantwortung liegt bei der Politik und liegt auch in sehr hohem Maße bei dem Kulturamt und zu dieser Verantwortung stehen wir auch beide. Die Fachbeiräte beraten vor, geben uns durchaus Impulse – wo es dann vielleicht noch viele Jahre der Umsetzung braucht. Aber es gibt zumindest dann eine Entwicklung in die gewünschte Richtung. Alles zusammen ist ein Beginn. Wir üben ja auch alle miteinander. Das System ist ein dreiviertel Jahr alt. Es ist vor einem Jahr erst von Ihnen so gewollt worden und von uns umgesetzt. Wir lernen,

evaluieren uns selbst und Kritik, die an uns herangetragen wird, ist für unsere weitere Arbeit sehr wichtig.

Diskussion:

M. Petrowitsch: Ich habe zwei Einwände. Erstens: Wenn ein Beirat mit zu wenig Geld ausgestattet wird, ist er allein gelassen von der Politik. Wenn es 20 gute Projekte gibt, die ein Beirat mit Budget ausstatten will und nicht kann, macht es sich die Politik sehr einfach, wenn sie hier ein Zwischengremium einschiebt, das dann alles zu verantworten hat. Zweitens: Wie ist die Entwicklung jetzt weiter? Der Herr Rinner hat das Glück, dass er die KSG alleine weitertransportieren darf. Er bekommt keinen zweiten Geschäftsführer, der ihm hilft, die kulturellen Befindlichkeiten des Landes nach außen zu tragen. – Wie steht es jetzt in der Stadt damit?

P. Grabensberger: Zu 1: Das Budget ist immer zu wenig. Das Kulturbudget hat sich aber, was die Forderungen betrifft, nicht in diesem sehr hohen Maß verringert, weil ich in Wahrheit alles durch personelle Einsparungen in meinem Amtsbereich und bei den Bibliotheken abfangen konnte. Die Grazer Stadtverwaltung hatte im Ermessensbereich 60 % einzusparen. Wir haben das auf unserem Pflichtbereich umgelegt. Also ich spare vor allem bei den höherwertigen Dienstposten ein – und dadurch bleiben die Kulturförderungen unbeeinträchtigt. Das Kulturbudget wird in Summe sogar höher sein – allerdings wird das wieder nicht der freien Szene zugute kommen. Sondern der Wissenschaft (Wir haben auch die Wissenschaftsförderung bei uns). Da ist es ganz wichtig, das wir mit dem Fachbeiratssystem agieren (...)

Zu KSG: Ich war von Anfang an mit Bernhard Rinner, den ich von hier aus begrüßen kann, immer auch im fachlichen Austausch. Die Stadt hat sich dazu entschieden, nicht an einer Gesellschaftsform teilzunehmen. Wir werden uns aber in den Bereichen Kultur – Wirtschaft – Tourismus fachlich miteinander dort vernetzen, wo es positiv ist. Wir arbeiten etwa beim Kulturserver zusammen. Wir haben zum Beispiel jetzt schon den gemeinsamen Datenpool aufgemacht und ich hoffe, dass du (B. Rinner) wirklich dein Versprechen wahr machst, dass du Kultur in Graz (KiG, wo der Kulturserver erstellt und aktualisiert wird, Anm.) auch bei dir eine entsprechende Beschäftigungsmöglichkeit schaffst. Wir arbeiten also zusammen, aber die Gesellschaftsform haben wir nicht gepackt. 2003 wird als Rumpfgesellschaft über die Finanz- und Vermögensverwaltung weitergeführt. Gespielt hat es sich an der Murinsel und an der List-Halle.

M. Petrowitsch: Es stellt sich halt immer wieder die Frage, wieso ausgerechnet bei den Kleinen so konzentriert evaluiert wird und bei den Großen nicht. Wenn ich mir die Zahlen so anschau, dann sind die Einsparungen peanuts im Vergleich zu den großen Häusern.

P. Grabensberger: Die großen Häuser sind nicht im normalen Kulturbudget. Außer dem Literaturhaus sind alle Beteiligungsfirmen der Stadt. Ich kann zudem nur für den Kultur- und Wissenschaftsbereich (ZB Kompetenzzentrum) reden. Wir ziehen uns zum Beispiel auch aus Bundeskompetenzen zurück um das für die Grazer Kultur abzufangen. Wir versuchen die 60% Einsparungen auf andere und nicht auf die freie Szene wirksam werden zu lassen.

Anita Hofer: Wie schaut es mit dem Kulturbudget nächstes Jahr definitiv aus? Sie haben gemeint es wird erhöht. In welchem Bereich wird es erhöht und wie wird es die freie Szene treffen?

P. Grabensberger: Ich habe nicht gesagt, es wird erhöht, das Budget wird in Summe mehr sein. Das mehr geht aber in den Wissenschaftsbereich, und zwar, weil die Stadt Beteiligungen ausgemacht hat, die sie nächstes Jahr mittragen muss. Das Geld der freien Szene wird in etwa gleich bleiben. Für jene 47 Fördervereinbarungen haben wird es degressiv weitergehen. Das bisschen was sie haben, haben sie aber sicher.

Andrea Schlemmer: Was ist mit denen, die keine Verträge haben?

P. Grabensberger: Die kommen in die Fachbeirats-Beurteilung und werden nach Projekten beurteilt. Da geht immer eine Plausibilitätsprüfung des Amtes voraus (also Angaben darüber, wieviel Budget da ist). Wir sind im Budget an Kameralistik und Bund gebunden und bemühen uns, mehr den Erfordernissen der einzelnen Sparten gerecht zu werden. Wobei Fachbeiräte oft sehr hohe Summen zu vergeben haben, um die Kameralistik zu umgehen. Vor allem am Ende des Jahres. Oder Austauschprogramme, internationale Kontakte haben eigene Budgetstellen, wo man zu zusätzlichen Projektförderungen kommt.

Frage: Gibt es für die Fachbeiräte Richtlinien, nach denen gearbeitet wird? Gibt es Einblick in diese Richtlinien? Gibt es Schriftliches über Beschlossenes?

P. Grabensberger: Es gibt einen Kulturbeirats als persönliches Beratungsgremium des Kulturstadtrates Buchmann, die ihm auch als Persönlichkeiten beim Nachdenken über Gesamtkonzeptionen behilflich sind. Da ist die Sprecherin die Andrea Schröttner. Dann haben wir für neun Sparten Fachbeiratsgremien, die sich selbst ihre Geschäftsordnung erdiskutiert haben. Das steht jederzeit nachvollziehbar am Kulturserver. Die haben sich auch ihre eigenen Bewertungssysteme entwickelt, mit einer Reihung und Darstellung wie sie welches Kriterium bewertet wissen wollen. Bei einem Fachbeirat gibt es nur mündliche Bewertung. Wir protokollieren alle Entscheidungen und jede und jeder von Ihnen kann in die Bewertung jederzeit Einblick nehmen. Im Kulturbericht, der im Dezember für das 2003er Jahr aufliegen wird, wird jeder Cent drinnen stehen.

Heimo Steps: Wir haben in der Evaluierungskommission des Landes Förderkriterien erarbeitet, nach denen wir dann Empfehlungen ausgegeben haben. Wir haben einen Teil für innovative Projekte, die nach den gleichen Kriterien bewertet werden. Mir erscheint wichtig, dass in den Gremien wer sitzt, der die Grazer Szene kennt. Wichtiges Kriterium ist, welche Bedeutung eine Initiative für die Grazer Szene hat – und dafür muss man Graz kennen.

P. Grabensberger: Ich habe ja gesagt, dass mindestens ein Grazer oder eine Grazerin in einem Fachbeirat drinnen ist.

Anton Lederer: Erstens: Bei gleichbleibendem Budget für nächstes Jahr, wie ist es zu erklären, dass im Zuge von 2003 darüber geredet worden ist, dass es zu Kürzungen kommen wird von 25%, 30%, das waren immer so Größenordnungen, die im Raum geschwebt sind, wie erklärt sich das jetzt, dass das auf der Stelle verschwunden ist, indem intern gespart wird. Oder haben sich 25% aufgelöst? - Zweitens eine Bitte: Es ist ein paarmal in deinem Referat vorgekommen, „das von Ihnen so gewollt wurde“. Im Zuge des Kulturdialogs sind alle möglichen Sachen diskutiert worden und dann hat Stadtrat Buchmann – und wer immer noch mit ihm – Schlüsse gezogen aus diesem Kulturdialog. Aber in meiner Wahrnehmung war das im Kulturdialog Gesagte dermaßen breit und vielfältig, was klass war für den Kulturstadtrat, weil er hat quasi alles daraus ableiten können. Insofern würde ich es ein bisschen verwegen finden, wenn man jetzt sagt, „das ist von Ihnen so gewollt“. Von uns ist alles und nichts gewollt worden und er hat aus dieser Hundertschaft von Information etwas abgeleitet. Ich fühle mich da persönlich betroffen, wenn es jetzt heißt: „Von Ihnen so gewollt worden“ (...)

P. Grabensberger: „Von Ihnen so gewollt“ hat sich auf die Grundsätze in der Förderungspolitik bezogen und die Transparenz ist von allen zu recht eingefordert worden. Ein durchschaubares System der Vorgabe. Das war kein Abputzen, so soll es nicht gewesen sein. Zu den Einsparungen: Nicht nur, dass ich Leute, die in Pension gehen, nicht mehr nachbesetze, es gibt eine Fülle von Einsparungen, die wir gesetzt haben. Teilweise haben wir uns von Aufgaben im Kulturbereich verabschiedet (Schloßbergführungen-Werkverträge, Citycamp-Veranstaltungen etc.)

Edith Draxl: Wie schafft man es, dass die Beiräte auch zu Veranstaltungen kommen? Wie soll einer ein Urteil fällen über jemanden, den er nicht kennt? – Und eine zweite Frage zu den EU-Fördertöpfen: Wie kann man regionale Körperschaften dazu bringen, dass sie es einem wirklich ermöglichen, das Geld auch zu verwenden? Denn es gibt bei den EU-Förderungen Vorbedingungen an die Gemeinden und Regionen – Wird man hier in Graz über den Wunsch hinaus auch zur aktiven Unterstützung schreiten?

P. Grabensberger: Die Beiräte rotieren alle zwei Jahre in der Besetzung. Wenn sie kommen können, dann kommen sie. – EU-Förderung bedeutet für die Stadt immer Drittfinanzierung und daher hält sich die Politik bei den Zusagen zurück.

E. Draxl: Ein Postulat, das die KSG leisten sollte beim Stadtrat Buchmann. Er sagt, er wünscht sich Ansuchen für die EU-Fördertöpfe, aber es hilft die Unterstützung beim Ansuchen nichts, wenn dann die finanzielle Unterstützung ausbleibt.

M. Petrowitsch: Was mir fehlt, ist eine Ansprechperson auf Beamtenebene oder eine outgesourcte Person, die Dampf macht, dass die Gelder in die Steiermark kommen.

E. Draxl: Wir reden aber von anderen Töpfen. Wenn ich zB Kultur 2000 ansuche und erfolgreich bin, dann habe ich trotzdem Finanzierungsbedarf von 35-40%, das hängt vom Projekt ab. In Finnland wird zB sobald du bei der EU erfolgreich bist, automatisch kofinanziert. Hier sagen sie dir, du sollst ansuchen, aber kofinanzieren wollen sie nicht so gern. Das macht dann die Aufforderung anzusuchen absurd. Wenn die Politik oder der Entscheidungsträger sagt, wir wünschen uns EU-Anträge, dann macht das nur Sinn, wenn man bereit ist, die Struktur mitzuunterstützen.

P. Grabensberger: Ich werde diese Frage an den Stadtrat Buchmann weiterleiten.

Edith Zitz: 1. Gibt es eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Kulturabteilung und der Stadt Graz und dem Land Steiermark auf Ebene der Verwaltung abgesehen von Ad-Hoc-Projekten, die unterschiedlich glücklich ausgehen? – 2. Zu den mehrjährigen Förderverträgen haben wir uns als Grüne auf der Landesebene sehr engagiert, dass es so etwas gibt. Die Verfügungskommission hat die Herausgabe von klugen Entscheidungskriterien bestimmt. Ich habe gegen die Förderverträge gestimmt, weil keine Indexanpassung vorgesehen ist – was im Prinzip zu einer jährlichen Verringerung der Förderungen führt, die ich für problematisch halte. Ich kenne keinen privatrechtlichen Vertrag in der Wirtschaft, wo sich jemand so etwas gefallen lassen würde. – 3. In der Steiermark sind EU-Mittel verloren gegangen dadurch, dass man nicht zeitgerecht und professionell geschafft hat, sich entlang von EU-Richtlinien so zu verhalten, dass man die Mittel lukrieren hätte können. Das Land Steiermark hat eine größere Summe aus mehreren Ressorts de facto an die EU zurückzahlen müssen. Wenn es da eine sinnvolle Kooperation gebe, möglicherweise unter Einbeziehung von Fachleuten auch der freien Szene, wäre das etwas, was nichts kosten würde und viel Ärger ersparte und Kapazitäten frei machen würde.

P. Grabensberger: Institutionalisierte Zusammenarbeit gibt es nicht. Ich sehe auch keinen Grund. HR Marko und ich tauschen uns mindestens 2-3 mal im Monat aus. Und die Subventionsreferenten im Vollzug arbeiten zusammen. Sowohl auf Stadt-, als auch auf Landesebene. Wir haben keine Termine fix ausgemacht aber wir sind dabei... – Die Förderungssumme bei mehrjährigen Verträgen hat sich nicht verändert, daher ist eine Indexklausel nicht drinnen. Eine Indexsteigerung gibt es nicht. – Was die EU betrifft, Fachleute betrifft: Ich habe sie im Amt nicht. Da kann ich einfach nicht aushelfen. Das wäre eine Anmaßung von Ressourcen, die wir nicht haben.

Herbert Nichols-Schweiger: Wegen der Höhe, richtigerweise müsste ich sagen: Tiefe der Kulturbudgets wird ja seit Jahren gejammert, dass immer weniger Geld vorhanden ist, dass immer mehr Aufgaben dazukommen und dafür aber zu wenig Geld da ist usw. Leider sind bei

Veranstaltungen dieser Art die Leute nicht da, die das mit großer Inbrunst hingenommen haben und bestenfalls einmal im Gemeinderat oder im Landtag darüber das Wort erhoben haben. Ich habe vor ein paar Stunden den Bürgermeister der Stadt Salzburg gehört, wie er erklärt hat, warum er seiner Stadt nicht empfohlen hat, sich für die europäische Kulturhauptstadt zu bewerben. Einer der Gründe dafür war, dass sich aus den Umfragen der Stadt Salzburg bei den bisherigen Europäischen Kulturhauptstädten nirgendwo ein Aspekt der Nachhaltigkeit ergeben hat. Ich glaube jeder von uns erinnert sich daran: Bevor das Jahr 2003 an uns herannahte, ist uns diese Nachhaltigkeit um die Ohren geschlagen worden, dass jede Musikalität verloren gegangen ist. Das ist das Problem. Das Budget ist dazu da, verteilt zu werden, aber nicht um bei Veranstaltungen wie dieser virtuell in die Höhe geschraubt zu werden, um dann hinterher zu erfahren, es ist eigentlich doch nichts daraus geworden. Es spielt sich das bei uns im Land ja auch ab, wo Zusatzideen kommen, dass für Spezialeinrichtungen wie die KSG ohnedies keine Kulturgelder verwendet werden, die werden dann halt aus der Landesrundfunkabgabe genommen, das per Landesgesetz eindeutig kulturellen Zwecken gewidmet ist. – Ich wollte noch auf den Punkt EU zu sprechen kommen. Mir ist erzählt worden, Ziel der Stadt Graz sei es, dass die Stadt 35%, das Land 30%, der Bund 30% und die EU 5% beisteuern soll. Wenn das wahr ist – dann kann da nur wieder jemand nicht nachgefragt haben beim Bund, ob der geneigt ist, solchen Deals zuzustimmen. Und wie man 5% bei der EU losackern soll, das bin ich schon gespannt zu erfahren. Es gab übrigens in der Kulturabteilung eine Beamtin, die sich ganz hervorragend bei EU-Abhandlungen ausgekannt hat, die dort nicht mehr ist. Jetzt sind die, die dringend Rat bräuchten arm dran.

Gabi Gerbasits: Ich hätte eher noch so eine Bitte zu den EU-Förderungen. Es wird sich im Kultur 2007-Programm extrem verschärfen, dass die Zugangsbeschränkungen höher liegen, gerade für Kulturinitiativen. Seit es das erste Kulturprogramm „Kaleidoskop“ gibt, haben wir es nicht derhoben, dass der Bund diese 40-50% mitfinanziert. Also wenn es die Kulturszene allein nicht schafft, den Bund dazu zu bringen – und ich glaube, dass weder die Gemeinde, noch die Stadtebene das schafft, jeweils 40% mitzufinanzieren, - würde ich doch bitten, ob man nicht versuchen kann, das über Städtebund, Gemeindebund, Landeskulturreferentenkonferenz auf die Tagesordnung zu bringen und dann von dieser Seite her Druck auf den Bund auszuüben. Ich denke, wenn wir es von beiden Seiten machen, kann es vielleicht dazu führen, denn das Kultur 2007-Programm wird es für uns alle härter machen, wo jetzt die Staatsoper und andere große Institutionen sich beteiligen können, weil die Schwellen des Einstiegs, die Summen also, so hoch gelegt sind, dass selbst wir, eine scheinbar reiche Institution wie die IG Kultur Österreich, nicht mehr mitspielen können.

P. Grabenberger: Was diese Anregung betrifft, kann ich sie selber verstärken, weil ich im Kulturausschuss des Städtebundes bin und ich weiß, bei der letzten Sitzung waren Förderungen einer der Programmpunkte. Das nehme ich gern mit und werde es gegenüber Herrn Pramböck, Generalsekretär des Städtebundes verstärken. Danke für die Anregung.

Katharina Hofmann-Sewera: Ich arbeite mit einer Kollegin zusammen an einer Studie über 2003 und bin mit den ganzen internationalen Leuten in Kontakt und muss widersprechen: Also es gibt sehr sehr erfolgreiche Beispiele von Nachhaltigkeit von Kulturhauptstädten. Glasgow zum Beispiel oder Brügge. Dort sind nach dem Kulturhauptstadtjahr die Kulturbudgets enorm gestiegen, Kultur hat einen ganz besonderen Stellenwert bekommen. Wenn man Brügge anschaut, dort arbeitet eine kleine Ges.m.b.H., die im Jahr 2005 wieder ein großes Event organisiert und dort werden internationale Connections durch jene Leute, die übergeblieben sind, gehalten. Es gibt viele Beispiele. Ich bin auch beratend tätig für Linz und ich glaube, dass man genau schauen muss, wie wurden Städte gefördert, wie wird das gemacht. Kulturhauptstädte als Negativstory ohne Ende darzustellen ist einfach nicht wahr. (Zuruf: - Aber in Graz schon!) – In Graz im Moment schon. Aber vielleicht ist in Graz nicht hängengeblieben, jedenfalls meiner Ansicht nach, was das Thema der Kulturhauptstadt war. Was Graz und das Land Steiermark daraus gelernt haben ist Marketing.

Thomas Randisek

„Wenn man politisch will, dass demokratische Kontrolle möglichst unmöglich wird, dann lagert man die Angelegenheit gern in eine Ges.mbH. aus.“ Th. Randisek

Ich möchte mit der SPOT-Geschichte beginnen. Eine kulturpolitische Provinzposse, wie das richtigerweise bezeichnet wurde. (M. Petrowitsch: Otto Hochreiter legt per e-mail auf die Feststellung wert, dass SPOT und KSG nicht zu vergleichen sind, das möchte ich der Form halber hier festhalten) Ein historischer Abriss, wie das damals in Salzburg abgelaufen ist: Die städtische Kultur-Ges.mbH. SPOT hat von 1991-1993 existiert. Zur Gründung kam es, weil Salzburg später dran war, denn Salzburg ist katholisch-reaktionäres Gebiet und die zeitgenössische Kulturszene konnte sich dort erst Mitte der 80er-Jahre halbwegs etablieren. Ende der 80er-Jahre entstand auch der Dachverband Salzburger Kulturstätten mit acht Initiativen. Die SPÖ wollte diese Kultur forcieren, hat mit einer Bestandsaufnahme begonnen, die in einem siebenbändigen Werk zu verschiedenen Kunstsparten Ausdruck fand und in einem Kulturentwicklungsprogramm, was es geben könnte und sollte. Der politische Konsens war dann: Ja da könnte man was draus machen. Diese Arbeit wurde aber der städtischen Kulturverwaltung nicht zugetraut und so wurde die SPOT gegründet. Diese städtische Kulturveranstaltung-Ges.mbH. SPOT war zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Salzburg, Geschäftsführer war Otto Hochreiter. Das Budget im Jahr 1991 betrug 36,1 Mio Schilling (rd. 2,6 Mio Euro, sank dann leicht 1992: 25,2 Mio – 1993: 27,2 Mio) und die GmbH. hatte 20 Mitarbeiter, was für eine 150.000-Einwohner Stadt wie Salzburg relativ viel ist. Die Aufgabenstellung war, die Entwicklungen kulturpolitisch zu lenken, gleichzeitig die Hand über der Szene zu haben und die Stadt zu bespielen als Ort, also Veranstaltungen zu organisieren (Mozartjahr, Zweigaussstellung, Stadtteilstadt, Museum der Wahrnehmung). Außerdem verwaltete die SPOT zwei Häuser, das Rockhaus und das Literaturhaus. In der freien Szene hatte die SPOT-Gründung eine Spaltung bewirkt. Die Hälfte sagte ja, wir können mit SPOT kooperieren und erhalten Aufträge, die andere Hälfte sagte nein, das ist der Verlust jeglichen freien Kulturschaffens. Auch der Dachverband bekam in dieser Diskussion Schwierigkeiten und eine Gruppe spaltete sich ab. Grund dafür waren natürlich Verteilungskämpfe, das vertraglich der GmbH. zugesicherte Geld wurde bei der freien Szene eingespart. Das Ende der SPOT wurde 1992 eingeläutet. Die SPÖ verlor die Bürgermeisterwahlen. ÖVP-Mann Josef Dechant wurde Bürgermeister und fuhr ein Sparprogramm. Dazu kam dass Herbert Fux, Bürgerlisten-Mandatar der bei der SPOT beschäftigt war und von Otto Hochreiter gekündigt wurde, einen Bericht gegen die SPOT erstellen ließ (Gutachten, Vorwürfe der Verschwendung). Dieser Bericht wurde an die Öffentlichkeit gespielt. Dem Bürgermeister kam das gelegen: Er ließ ebenfalls ein Gutachten erstellen und die SPOT zusperrten. (Gutachten kostete einen Haufen Geld, Kündigung Hochreiters war nicht vom GR legitimiert worden, Hochreiter musste bis 1998 Gehalt ausbezahlt werden, Magistratsjurist übersah auch Kündigungsfristen der Angestellten etc... Folgekosten betragen 30 Millionen Schilling) – Folgen: Sieben Jahre negative Auswirkungen auf die ganze zeitgenössische Kulturszene gekoppelt mit einem rigiden Sparkurs des Bürgermeisters; die SPÖ Salzburg spaltete sich; innerhalb der Bürgerliste von Herbert Fux gab es politische Querelen; die zwei Häuser wurden ausgegliedert und existieren noch relativ erfolgreich. Kulturpolitischer Schluss der SPOT-Geschichte: Wenn man politisch will, dass demokratische Kontrolle möglichst unmöglich wird, dann lagert man gern in GmbH.s aus. (Das letzte Beispiel dafür in Salzburg war die Olympiabewerbungs-GmbH., deren Träger Stadt und Land Salzburg sowie das Altstadtmarketing waren. Die legten die Bilanzen vor, aber Einsicht in die Belege wurde nicht gewährt. Die Frage, wie die Gelder verwendet wurden, bleibt offen.) Das ist perfekte politische Verschleierungstaktik die man mit so einer Konstruktion machen kann.

Diskussion:

M. Petrowitsch: Ob dieser Feststellung haben wir den Thomas eingeladen und nicht um den Otto Hochreiter durch den Kakao zu ziehen. Haben in den drei Jahren, wo die SPOT funktioniert hat, die 50% der freien Szene, die sie befürwortet haben, etwas davon gehabt – oder nicht?

T. Randisek: Natürlich haben einige davon profitiert. Problem der SPOT war, dass es zB. kein Beiratssystem gegeben hat, sondern es war mehr oder weniger ein Intendantenprinzip. Wenn jemand kooperiert hat, haben sie sicher davon profitiert. Aber dahinter steht auch politische Absicht, genau in so eine Szene so hineinzuspalten. Nach 10 Jahren sieht das eh jeder.

R. Kanzian: So etwas Ähnliches – wenn auch anders gelagert – hatten wir in Graz mit Herrn Lorenz, der sich mit seinem Geschäftsführer zerkracht hat, wo sehr viel Geld verloren wurde. Und wir hatten die Problematik – ich führe jetzt woanders hin – dass 2003 die List-Halle und ähnliche Objekte übrig geblieben sind. Wir hören immer nur, es gibt kein Geld aber dahinter stehen politische Fehlentscheidungen. Die Evaluierung betreffend sehe ich mit Otto Hochreiter, dass man versucht, Wirtschaftlichkeit in die Kultur hineinzubringen, indem man GmbH.s gründet und ähnliches und verschwendet damit noch mehr Geld. Ähnliche Kriterien wurden auch mit dem Evaluierungsbogen sozusagen hineingenommen. Ich sehe darin einen sehr gefährlichen Schritt in Richtung kapitalistisch orientiertes Kunstsystem. Weil es geht darum, wie du dich finanzierst. Bist du clever genug Geld aufzutreiben? Wie oft spielst du (als Theater)? Das heißt Publikumsorientierung und ähnliches. Alle diese wirtschaftlichen Kriterien auf Kunst zu übertragen, finde ich sehr gefährlich. Weil man Kunst so nicht bewerten kann, auf gar keinen Fall. Wir haben auch diese nicht nachvollziehbare GmbH.- Situation jetzt mit der KSG.

T. Randisek: Aber die Kulturförderung ist im Lande Steiermark und in der Stadt Graz lückenlos nachvollziehbar.

P. Grabensberger: Bei GmbH. sage ich als Aufsichtsrat des Kindermuseums und in meinem derzeitigen Bemühen, das Stadtmuseum auf ein neues Bein zu stellen, dass a priori GmbH. nicht gleich schlecht sein muss. Es kann auch durchaus sein, dass man mit einer guten GmbH. Hindernisse umgehen kann, die uns die Kameralistik und die Budgettechnik immer vorschreibt. Kulturschaffende und Künstlerinnen und Künstler müssen sich davor nicht fürchten.

H. Nichols-Schweiger: Im Kulturförderungsgesetz des Landes ist noch drinnen, dass Gesellschaftsgründungen, Beteiligungen des Landes an Kultur-AGs usw. einer Befragung und Beratung des Kulturbereichs zuzuführen sind. Hat die Stadt Graz ähnliches vor, falls es zu Strukturänderungen im Stadtmuseum kommt?
Für Kulturförderungen baut man jetzt doch recht kräftige Evaluierungen auf, aber für kommerzielle Kulturapparate ist das offenbar nicht so ein Problem.

P. Grabensberger: Ich hoffe, dass das Beispiel Schule macht, weil ich überzeugt bin, dass für die Fachbeiräte eine wesentlich höhere Legitimation für die Vergabe von öffentlichen Mitteln stattfindet. Aber das ist nicht in meinem Einflussbereich.

M. Petrowitsch: Ich habe von Herrn Hofrat Marko einmal die Zahl bekommen, 1,7% des Landesbudgets ist Kulturbudget. Es gibt Stimmen, die sagen, man kann Länderbudgets nicht vergleichen. Thomas, wie schaut es aus mit der Länderbudgets im Vergleich?

T. Randisek: Ich würde sagen, man sollte unbedingt den Versuch unternehmen. Weil es auch etwas mit Transparenz zu tun hat und Versuche der Vergleichbarkeit natürlich immer interessant als Argumentationsmaterial für lokale IGs sind. Wir in Salzburg sind mit der Beobachtung des

Landeskulturbudgets und des Stadtkulturbudgets immer recht gut gefahren, weil man die Argumente, die man hat auch mit Zahlen und Daten untermauern kann. Das war auch der Ausgangspunkt den die IG Kultur Österreich damals hergenommen hat und gesagt hat: Wie ist es mit der Vergleichbarkeit von Länderkulturbudgets bestellt? Ausgehend von der Analyse des Salzburger Kulturbudgets: Dieses war logisch und wir hatten damals mit Landesbeamten ausgemacht, welcher Teil gesetzlich verpflichtet und welcher Teil Ermessensförderung ist, kurz: Was definieren Beamte und Interessensvertretung als „freies Kulturbudget“. Heraus kam die Definition KKK: KünstlerInnen-Kultuinitiativen-Kulturstätten/vermittlung.

Die Studie der IG Kultur (an der wesentlich Reinhold Minichbauer mitgearbeitet hat) basiert auf Zahlen des Jahres 2000 und Salzburg stieg da relativ gut aus – wahrscheinlich weil damals gerade Wahljahr war, waren die Budgetzahlen entsprechend besser. In eineinhalbjährigem Prozess haben wir selbst dann versucht, Definitionen zu finden und haben für neuen Länder herausgerechnet:

- Förderungen von Kulturinitiativen im Bereich Zeitkultur
- Förderungen durch Stipendien für Kultur von KünstlerInnen
- Förderung von Kulturstätten.

Nicht dabei war die Förderung von Landeseinrichtungen und Gemeindeabgaben, Förderung traditioneller Volkskultur, Sommertheater, Kunstvermittlungsprogramme an Schulen, Denkmalpflege etc. Wie kommt man nun zu den Zahlen? ZB Tirol budgetiert im Landesbudget Kulturinitiativen überhaupt nicht. Das ist ein Durchlaufposten für den ernsehschilling, daher gibt es keinen Voranschlag sondern nur den Rechnungsabschluss, aus dem ersichtlich wird, wie hoch die Förderung letztlich war. Da muss man dann herausrechnen, wie die Entwicklung über einen Zeitraum von 4 Jahren weitergeht. In drei Bundesländern gelang die Zuordnung relativ gut. In Oberösterreich, Salzburg und Tirol ist die Vergleichbarkeit 2000-2004 gelungen. Die freie Förderung ist demnach in Salzburg auch in absoluten Zahlen höher als in Oberösterreich. Salzburg hat den größten Anteil an Kulturausgaben am Gesamthaushalt und die größte Indexentwicklung. (Es gibt aber noch eine zweite Berechnungsmethode nach LIKUS. Die liefert ganz andere Zahlen.) Unserer Berechnung nach ist der Anteil des Kulturbudgets am Gesamthaushalt in Salzburg 3,10 %, Steiermark 1,9 %, Wien 2,14 %, Vorarlberg 2,32 %, Burgenland 1,45 %, Kärnten 1,55 %, Niederösterreich 1,39 %. (Hinweis: Gabi Gerbasits stellt die Zahlen auf die IG Österreich Seite ins Netz.) Diese Zahlen stimmen aber nicht mit der Realität der Förderbedürfnisse überein. Obwohl Salzburg Vorreiterrolle hat, ist das Kulturbudget immer noch zu wenig. Langfristig gab es keine Valorisierung. In Salzburg herrscht eine Art aufgeklärter Absolutismus: Seit zehn Jahren gibt es einen Kulturlandesrat, der entscheidet zwar oft zugunsten der freien Szene, weil er hat gute Kompetenz, aber es gibt keinen Kulturbeirat. Vorbildlich ist Salzburg aber im ausführlichen Berichtswesen in Sachen Kulturförderung, und zwar werden sowohl die absoluten Zahlen angegeben als auch die LIKUS-Abrechnung seit sieben Jahren, seit 1997 gemacht. Und Vorbildlich ist Salzburg auch in der raschen Behandlung der Förderansuchen. Die Dauer beträgt 3-4 Wochen nach Vorlage der Vorjahresbilanz werden mittlere Förderbeträge (25-30.000 €) nach drei Wochen ausbezahlt. Höhere Beträge werden tranchiert und viertel- oder halbjährlich ausbezahlt. Vorbildlich ist auch die Preisvergabe mit Beiratsmodell (zB Dachverband Salzburger Kulturstätten hat ein Vorschlagsrecht) und einer großen Anzahl von Preisen für die freie Szene. ZB Projektförderungen von 70.000 €, Landespreis 3.000€ Projekttöpfe für Innovation und Elektronische Musik etc. Für das was auf kommunaler Ebene „mittelfristige Fördervereinbarungen“ heißt, gibt es auf Landesebene ein Agreement zwischen der Kulturverwaltung und einzelnen Kulturstätten (7 Institutionen), wo Beamte und Institutionen gemeinsam Zielvorgaben erarbeitet haben, die aber mit Fördersteigerung verbunden sind. (progressive Entwicklung). Dieses Modell ist derzeit in der Testphase. Das Kulturbudet Salzburg beträgt derzeit 2,38 % davon sind 0,34% für die freie Szene und 66% werden von acht großen Institutionen vereinnahmt.

Diskussion:

Frage: Die Aussage in der Politik war, die Regionen sollen gestärkt werden. Wie wird das in Salzburg

gehandhabt? Wie ist das Verhältnis von Salzburg Land zu Stadt Salzburg in der Verteilung der Mittel?

T. Randisek: Landesinstitutionen glauben immer, dass das Verhältnis zugunsten der Stadtinstitutionen verschoben ist. Die Stadt Salzburg hat große Institutionen. Dazu gibt es fünf salzburger Gaue und die Idee war, jeder dieser Gaue soll eine Institution mit Jahresbetrieb aufrechterhalten und fördern können. Es ging um die Infrastruktur. Es gibt aber keine getrennten Zahlen – abgesehen davon halte ich das persönlich für eine sinnlose Diskussion. Wir schauen, was denn unsere Mitglieder an Förderbedarf für das kommende Jahr haben und rechnen nicht Stadt versus Land sondern Förderbedarf versus Vorjahresförderung.

Walther Schütz:

„Akzeptiert die Logik des Sparens nicht! Lasst euch das nicht gefallen, dass kein Geld da ist!“
W. Schütz

Wie reich sind wir eigentlich? Es ist jetzt dauernd um Mängelverwaltung gegangen, wenn ich das zusammenfasse. Im Schulbereich, im Gesundheitswesen, im entwicklungspolitischen Bereich etc. geht es im übrigen um die ganz gleichen Fragen wie in der Kultur. Unsere Gesellschaft aber wird, sofern kein Atomkrieg oder eine schwere Wirtschaftskrise kommt, rein materiell, also vom stofflichen Reichtum, von Jahr zu Jahr reicher. Indikator dafür ist die Produktivität (zB Produktivität pro arbeitendem Menschen in Österreich) und die beträgt in unserer Gesellschaft pro Arbeitsstunde zwei Prozent im Jahr. Also dieses exponentielle Wachstum ist zu verzeichnen. Wenn im Jahr 2000 eine Einheit produziert wurde, dann wird heute 1,7 mal mehr produziert. Das gilt auch für den Dienstleistungsbereich und den Schulbereich. Daher merken: Akzeptiert die Logik des Sparens nicht! Lasst euch das nicht gefallen, dass kein Geld da ist!

Was aber passiert da, dass der Reichtum nicht zu den Menschen und auch nicht zur Kultur kommt? Warum ist es so? (Auch die ÖBB, die Post, die Gefängnisse sparen ein; der Staat spart ein und die Kernfunktionen des Staates werden zurückgenommen.) Der Punkt ist nicht, dass es kein Geld gibt. Der Punkt ist auch nicht, dass Mängelverwaltung betrieben wird. Ein Standpunkt kämpft gegen den anderen und dem wird jede gesellschaftliche Entwicklung untergeordnet. Evaluierung heute ist ein Herrschaftsinstrument. Evaluierung heute hat eine andere Zielrichtung als vor 20 Jahren. Damals hab ich mich am Abend hingesetzt als Lehrer und erhoben, was haben die SchülerInnen gehabt von meinem Unterricht, haben sie sich was gemerkt etc. Heute wird immer von oben nach unten evaluiert. Wir müssen schauen, dass wir Gegenstrategien entwickeln. Evaluieren wir einmal die Steuerpolitik des Landes. „Finden Sie dass die Anschaffung von Abfangjägern sinnvoll ist?“ Widerstandsaktionen, die die Blickrichtung umdrehen: Wer evaluiert da wen und zu wessen Funktion?

(Zuruf aus dem Publikum: So einen Bogen gibt es schon in der Steiermark fix fertig entwickelt für die Kulturpolitik!) Wir müssen Transparenz einfordern: Wo geht das Geld hin? 40 Milliarden Euro liegen steuerfrei auf Privatstiftungen. 1994 ist die Vermögenssteuer in Österreich abgeschafft worden. Das heißt die Steuer wird auf einer ganz gewissen Seite nicht eingehoben. Wenn wir zum Beispiel nur die Unternehmenssteuer auf das niedrige EU-Niveau anheben würden. Hätten wir kein Budget-Defizit mehr. Die Körperschaftssteuer wurde in Österreich zum Beispiel gesenkt. Etc.

Der ganze öffentliche Bereich hingegen, also auch die freien Kulturinitiativen, wird von mehreren Kräften in die Zange genommen: Da ist einmal das Diktat der leeren Kassen. Dann die neoliberale Ideologie „Wenn es der Wirtschaft gut geht geht es uns allen gut“ – aber das stimmt nicht, wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen noch lange nicht gut. Und da spielt auch GATS mit, was für die Kultur zum Beispiel bedeutet: Die Tendenz zu privater Kulturindustrie wird mit freien Kulturinitiativen verwischt und Kulturförderung ist dann nicht mehr möglich mit dem Argument, die Kulturindustrie ist den Großen gleichgestellt. Dazu kommt, der Regelkreis in der Ökonomie des Sparens: Wenn ich den Leuten nicht entsprechende Lohnerhöhung zukommen lasse, fehlt ihnen das

Geld für die Pensionen, fehlt Geld für die Gesundheit, fehlt auch Geld für die Kultur. Es gibt immer weniger Geld im Umlauf. Was ist an dem Sparwahn dran? Was wird uns an Vorschriften aufs Auge gedrückt, wonach Förderung nicht mehr möglich sein könnte? Z.B. wurde am 29.10. die EU Verfassung unterschrieben, in der steht, die Steuern sollen harmonisiert werden. Aber die Unternehmensbesteuerung wurde davon ausgenommen, statt für mehr Standortgerechtigkeit diese zu harmonisieren. Das hat Rückwirkungen auf die kleinste Initiative. Der Bund muss die Steuern einheben und der Finanzausgleich verteilt das bis in die Gemeinden.

M. Petrowitsch: Was also können wir konkret tun?

W. Schütz: Zunächst einmal können wir die Lufthoheit über den Stammtischen wieder gewinnen. Leute anquatschen, agitieren, Leute aufklären, immer dagegenreden. Und ihr solltet nicht nur immer über die Kultur reden sondern wir alle sitzen in einem breiten Boot! Verbündete suchen, aus dem Kulturbereich ausbrechen. Es gibt auch eine sehr aktive ATTAC-Gruppe in Graz.

G. Gerbasits: Jetzt gerade aktuell hat die Boltenstein-EU-Richtlinie zur Folge, dass Kulturförderungen nicht mehr erlaubt sind. Was da zu tun ist: Die Beamtenschaft soll sich einsetzen, dass Kultur aus diesen Verhandlungen ausgenommen wird! Als einziger Vertreter des Städtebundes hat sich der Grazer Finanzstadtrat Riedler dazu eingebracht.

Anm.: